

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

180 (18.4.1917) Abendblatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Ausgabe: Wöchentlich zweimal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen M. 3.—, in das Haus gebracht M. 3.30, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr M. 3.— gegen Vorauszahlung.
Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., Restameile 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung.
Anzeigen-Nachnahme: in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Girschtstr. 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.



Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Votalsnachrichten, Gerichtsfall, Sport, Handel und letzte Drachberichte Karl Binder; für Redaktionen und Anzeigen Mathilde Schumann; sämtliche in Karlsruhe.
Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/10 bis 1/11 Uhr, nachmittags 1/6 bis 1/6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.
Rotationsdruck und Verlag: der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Girschtstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 180

76. Jahrgang.

Karlsruhe, Mittwoch, 18. April 1917

76. Jahrgang.

Abendblatt

Ergebnis der 6. Kriegsanleihe: 12 Milliarden 770 Millionen Mark Ein französischer Durchbruchversuch in der Champagne gescheitert.

Der deutsche Tagesbericht.

RTW, Großes Hauptquartier, 18. April. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz. Front des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern

Auf dem Kampffeld von Arras hat in einzelnen Abschnitten die Artillerietätigkeit wieder lebhafter eingesetzt.
Im Vorfeld unserer Linien beiderseits der Somme spielen sich täglich Gefechte unserer Posten mit Vortruppen des Gegners ab; das Feuer nahm bei St. Quentin, dessen Kathedrale mehrere Treffer erhielt, zeitweilig zu.

Front des deutschen Kronprinzen.

Auf dem Schlachtfeld an der Aisne ruhte gestern vorwiegend der Kampf; der Franzose führte seinen Durchbruchversuch nach dem Mißerfolg des Vortages unter Wirkung der erlittenen Verluste mit den abgekämpften Divisionen nicht fort.

Erst in den Abendstunden setzten Teilangriffe des Gegners ein. Auf dem Beaulner Rücken, an den Höhen von Craonne, nordwestlich des Waldes von La Ville-aux-Bois brachen seine Sturmwellen im Feuer zusammen, oder wurden im Nahkampf zurückgeworfen.

Auch bei Le Godat und Courcy am Aisne-Marnekanal sind feindliche Angriffe abgewiesen worden.

Die am frühen Morgen einsetzenden Anariffe der Franzosen in der Champagne brachen nach stärkster seit Tagen bereits gesteigerter Feuerwirkung in etwa 20 Kilometer Breite vor. Der auch dort vom Feinde erstrebte Durchbruch wurde in unseren Märgelstellungen aufgefangen. Im Gegenangriff wurden den dort kämpfenden französischen, farbigen Divisionen bereits erreichte Halbbrücke zwischen Moronvillers und Auborive wieder entzissen und ihnen

an 500 Gefangene und eine Anzahl von Maschinengewehren abgenommen.

Bei den Kämpfen am 16. April sind von den vielfach vom Gegner verwendeten Panzerkraftwagen 26 durch unser Feuer zerstört worden. Am gleichen Tage wurden in Luftkämpfen und durch Abwehrlanzen 18 feindliche

Flugzeuge abgeschossen. An mehreren Stellen griffen die Flieger durch Bombenabwurf und Maschinengewehrfeuer in den Infanteriekampf ein.

Die Gefangenenanzahl hat sich auf über 3000 erhöht.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Auf dem linken Mosel-Ufer und südwestlich von Mühlhausen vorübergehend rege Feuerstätigkeit.
Nördlich von Münster in den Vogesen holten Stotrupps 16 Gefangene aus den französischen Gräben.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Westlich von Monastir warf kraftvoller Angriff unserer Truppen die Franzosen aus den Stellungen auf der Cervena-Steina, die in etwa 1 Km. Breite bei den März-Kämpfen in Feindeshand geblieben waren. Gegenstände wurden abgeschlagen, über 200 Gefangene mit mehreren Maschinengewehren und Minenwerfern einbehalten.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Der Milliarden-Sieg.

RTW, Berlin, 18. April. (Amtlich.) Das Ergebnis der 6. Kriegsanleihe beträgt nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen ohne die zum Umtausch angemeldeten älteren Kriegsanleihen

12 Milliarden 770 Millionen Mark.

kleine Teilzeichnungen stehen noch aus. Ueberdies sind die Zeichnungen der Feldtruppen, für welche die Zeichnungsfrist erst im Mai abläuft, in der Summe nur zum Teil enthalten. Schon jetzt steht außer Zweifel, daß durch die gesamten Zeichnungen auf alle sechs Kriegsanleihen die Summe von 60 Milliarden überschritten wird. Was niemand für möglich gehalten hätte, ist eingetroffen.

Das Ergebnis der bisher erfolgreichsten dritten Kriegsanleihe ist um 700 Millionen geschlagen. Diese ge-

waltige Kraftankerung erbringt den klaren Beweis dafür, wie ungebrochen Deutschland auch auf wirtschaftlichem Gebiete nach fast 3 Jahren besteht. Sie legt zugleich ein glänzendes Zeugnis ab zu dem unerschütterlichen Entschluß des deutschen Volkes, den Krieg siegreich durchzuführen und für seine sichere Zukunft auf einen vollen Erfolg.

In vollkommener Verkennung der wahren Stimmung in unserm kampftobten Vaterland hatte Präsident Wilson in seiner Kriegsbotschaft versucht, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen dem deutschen Volke und seiner Regierung. Mit unphatischen Worten erklärte der Waffenträger Englands, er habe aus Menschlichkeitsgründen den Krieg erklärt denn er habe Mitleid mit dem deutschen Volke und wolle es von der Gewaltthätigkeit des Deutschen Kaisers befreien. So spiegelt sich das Bild von Deutschland in dem Kopfe eines Mannes, der an der Spitze eines hundert Millionenvolkes steht und der sich über zweieinhalb Jahre lang als neutraler Beurteiler des Weltkrieges aufgespielt hat.

Nun, die beste Antwort auf diesen Schimpf, den Präsident Wilson in seiner Botschaft dem deutschen Volke angeden hat, und das beste Mittel ihm die Augen über die wahre Stimmung des deutschen Volkes zu öffnen, ist dieses glänzende Ergebnis der 6. Kriegsanleihe, das die Ergebnisse aller bisherigen Zeichnungen in den Schatten stellt. In unphatischer Weise hat sich wieder einmal vor aller Welt in diesem Milliardenkrieg der stolze Wille des deutschen Volkes kundgetan, mit unerschütterlicher Kraft bis zu einem siegreichen Ende durchzuhalten. Wir alle, die wir in den Tagen der Zeichnung auf die Kriegsanleihe, in der Heimat geweiht haben, wissen daß diese gewaltige Summe von über 12 Milliarden tatsächlich der Markarbeit des ganzen deutschen Volkes in allen seinen Kreisen und Schichten zu danken ist, daß Millionen kleiner und kleiner Zeichnungen in allen Städten und Landbezirken zu diesem stolzen Ergebnis beigetragen haben. Es ließ sich allenthalben ein tiefgehendes Verständnis für die weitreichende Bedeutung dieses finanziellen Entscheidungskampfes feststellen, wir durften einen Schwung und eine Begeisterung im Volke erleben, die die größten und schönsten Tage erinnerten. Während unserer Brüder und Söhne draußen die gewaltige Entscheidungsschlacht der Weltgeschichte schlagen, ist auch die Heimat auf ihrem Posten geblieben und hat die „silbernen Kugeln“ gegossen, ohne die der Sieg in diesen Weltkriegen nicht erfochten werden kann.

Die 6. Kriegsanleihe ist ein Heimgathen geworden, dessen sich das ganze deutsche Volk von Herzen freuen darf. Der vaterländische Sinn und die Einigkeit des deutschen Volkes haben sich aller gegenteiligen Hoffnungen unserer Feinde zum Trotz bewährt und ein neues Beweismittel unserer ungeschwächten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist erbracht worden. Zum Schutze des Vaterlandes, zum Schutze der heiligsten Güter der Nation, zum Schutze von Erb und Familie hat sich der Aufmarsch der Milliarden auch diesmal mit jener Sicherheit vollzogen, die keiner unserer Feinde für sich in Anspruch nehmen kann. Das Ergebnis der 6. deutschen Kriegsanleihe wird eine mehr als heimliche Erkenntnis bei unseren Feinden diesseits und jenseits des Weltmeeres auslösen.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

Die Aufführung eines polnischen Schauspiels. Aus München wird uns geschrieben: Im Münchener Residenztheater wurde das „leuchtige“ Drama „Die tolle Yulka“ zur deutschen Aufführung. Es stammt von J. A. Kraszewski und wurde von Gustav und Julia Riedel aus dem Polnischen übertragen. Der Verfasser schildert die Anekdote einer polnischen Dame, die zwischen hysterischer sich kundgebender Nervenkrankheit und unbefriedigtem Liebesgelingen hin- und herwagt, bis sie schließlich, nachdem sie zwischen Bananen stellt, besonnen und klug über ihre Unfähigkeit zu einer Tat den geliebten Mann in ihrer kunstvoll gezeichneten Seele, sowie ihre sehr materielle Freundin von ihr getrieben hat, den gutmütigen Wollfänger zum Mann nimmt, den die mittelalterliche Philosophie für sie ausgewählt hat. Man kann es der Mutter, die acht Kinder bezieht, nicht verdenken, daß sie von der Kunst ihrer Julia nicht allzuviel hält. Mit größerem Recht nehmen wir es ihr übel, daß sie am Anfang des zweiten Aktes ganz von der Wirklichkeit verschwindet, nachdem sie allein dem ersten Aufzuge Konfliktmöglichkeit und lebendigen Reiz gegeben hatte. Der Rest des Stückes reißt sich aus Dialogen, in denen man temperamentvolles Wort über den Gegensatz von Künstler und Wollfänger ausgesprochen wird. Doch die Zuschauer sind bei dem allmählich erlöschenden Interesse bis zum Ende aushält, verdammt der Dichter nur der außerordentlich guten Aufführung.

Unter dem Titel „Der Futurismus in der Musik“ wird von Hans W. Singer, wie die Münchener Neuesten Nachrichten vernehmen, eine kleine Schrift veröffentlicht, worin er sich gegen den Pianisten Ferruccio Busoni wendet, der kürzlich mit dem Entwurf einer „Neuen Weltzeit der Tonkunst“ den Weg zu einer bisher kaum vorstellbaren Zukunft der Tonkunst weisen wollte und in den deutschen Komponisten der Vergangenheit nur durch Formelgelehrte irreführende Vorläufer sah. W. Singer will in dieser Schrift die Berechtigung ihrer Geheiß und vor allem die unübersehbare Größe dessen, was die deutschen Meister geleistet haben.

Die Künstlerkassette gegen die Augustkassette. Gegen die geplante Besteuerung von Künstlerwerbungen haben jetzt die angesehensten deutschen Künstlerverbände gemeinsam eine von der Königlich Preussischen Akademie der Künste in Berlin, der Allgemeinen Deutschen Künstlergesellschaft, dem Deutschen Künstlerbund, dem Verein Berliner Künstler, dem Bund deutscher Gelehrter und Künstler und dem Goethebund in Berlin unterzeichnete Eingabe an den Reichstag gerichtet.

Ein Florentiner Palast nach Amerika verkauft. Das Antonio verläutet, daß die Zimmereinrichtung des bekannten Florentiner Palastes Dabanga durch Professor Wolpi nach Amerika verkauft worden ist. Es soll sogar eine Uebertragung des ganzen Palastes nach Amerika geplant sein. Der Kaufpreis wird auf 25 Millionen Lire angegeben. Die Zimmereinrichtung des Palastes, 1909 fertig geordnet, gibt ein vorzügliches Bild florentinischer Renaissance und mittelalterlicher Kultur, durch Fresken aus dem 14. Jahrhundert von hohem Wert.

Wunte Chronik.

Wie das Esperanto entstand. Der jüdische in Warschau gestorbene Erfinder des Esperanto, Dr. Ludwik Zamenhof, hat in seinem Leben und Wirken das Mutter einer unerschütterlich auf ihr Ziel gerichteten Energie, die sich von keiner Schwermut zurückweichen ließ. Die Idee, eine internationale verständliche Sprache zu schaffen, stammt in ihrem Keim allerdings nicht von Zamenhof selbst, sondern war schon von Leibniz und Descartes eifrig erzoget worden. Sie blieb aber damals ein idealer Traum, und erst der deutsche Pariser Schöler nahm sie praktisch auf, indem er sein einst so lebhaft erörtertes „Volapük“ auf ein praktischere Basis zu stellen versuchte. Diese Bemühungen schlugen aber fehl, und erst Dr. Zamenhof blieb es vorbehalten, eine von allen Völkern mit Interesse beachtete internationale Sprache zu erfinden. Hierbei hat wohl in erheblichem Maße die Umgebung mitgewirkt, in der Zamenhof aufwuchs. Er war nämlich 1859 zu Bjalystok geboren und litt schon in frühesten Jugend daran, daß die Bürger seiner Vaterstadt durch die Verschiedenheit der Sprachen in vielen Beziehungen voneinander getrennt waren.

Er beobachtete, daß die Russen, Juden, Deutschen und Polen hauptsächlich durch in häufiger Zwietracht lebten, weil sie sich nicht verstanden und nicht verstanden werden konnten. Die ideale Absicht, die Mißverständnisse abzuschaffen und die verschiedenen Völker der Welt wenigstens sprachlich zu einigen, ließ ihn ferneren Versuche unternehmen. Hierbei dachte Zamenhof zunächst an eine Erneuerung der lateinischen Sprache, die ja in allen Zeiten von einzelnen bedeutenden Wissenschaftlern als Muttersprache empfohlen wurde. Aber er fand bald, daß das Lateinische für seinen Zweck viel zu schwierig und kompliziert war und beschloß, zur Basis des neuen Verständigungsmittels die verbreitetsten modernen Sprachen zu wählen. Mit seltener Eingab überließ er sich dem Studium der Wörterbücher aller Sprachen, er wählte die ihnen allen gemeinsamen Wurzeln der Wörter und stellte im weiteren Verlauf durch größtmögliche Vereinfachung der Wokabeln eine ganz primitive Grammatik her. Im Jahre 1887 erschien in Warschau sein erstes Lehrbuch der „Internationalen Sprache“ unter dem Pseudonym „Esperanto“. Dieser die Hoffnung ausbreitende Name, hinter dem Zamenhof sich beschließen verbarg, ging dann schließlich auf die Sprache selbst über. Wenn das Esperanto auch nicht die idealen Hoffnungen Zamenhofs zu verwirklichen vermochte, so wurde es doch wenigstens vereinzelt in allen Ländern der Erde praktisch in Gebrauch genommen. Während des russisch-japanischen Krieges z. B. wurden die Telegramme über russisch-japanische Mitteilungen zum Teil in Esperanto abgesetzt. Der Professor am Deutschen Lyceum Henri IV. in Paris, machte sich hierbei besonders verdient, und er führte das Esperanto auch in Japan ein. In Paris gab es vor Kriegsausbruch eine eigene Druckerei für Werke in Esperanto-Sprache, deren Angestellte — Rumänen, Deutsche, Franzosen, Unarn, Russen — miteinander nur in Esperanto verkehrten. Die Mitglieder des Esperantobundes wurden scherzhaft „die Brüder vom grünen Knopf“ genannt, weil ihr im Knopfloch getragenes Abzeichen die Gestalt eines grünen Emailknopfes mit einem großen weißen „E“ hat. Berücksichtigt wurde während des Weltkrieges auch die Meinung ausgesprochen, daß bei künftigen Friedensverhandlungen das Esperanto Dienste leisten könnte.

Die Stimmung in der Schweiz.

Wahlstimmung und Bundesversammlung. — Verhältnis zum Ausland. — Die belgische Frage. — Verhältnis zu Russland. — Neue Verhandlungen mit Deutschland.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:
Die diesjährige Frühjahrsession unseres National- und Ständerates sah ein anderes Gesicht als vor einem Jahr. Damals glühte die Westschweiz noch im Enthusiasmus für die Sache der Alliierten, der Oberthienprozess (wie die bekannten Verhandlungen gegen die beiden Generalobersten Karl Egli und von Battenwyl genannt werden) und vielleicht noch sonst ein halbes Dutzend Militärsaffären beschäftigten das öffentliche Interesse und suchten sich überall in die Debatte zu drängen. Man hatte sich den Kampf gegen den „preussischen Drill“ als Lösungswort zugerufen und suchte mühsam genug zu beweisen, daß er das republikanische Volksthum ebenso verzeude, wie er die preussischen Volksmassen zu einem willenlosen Werkzeug in der Hand seiner Regierung gemacht habe. Hand in Hand mit diesem Kampf gegen den preussischen Drill ging das Bestreben, die Friedensgewalt wieder über die Militärgewalt zu stellen, die seit den letzten Zustagen des Jahres 1914 ihre natürliche Rolle spielte.

Wie anders heute! Für die Klärung des Schweizer Volkes über sein wahres Verhältnis zum Ausland und seine Aufgaben im Innern hat sich ganz besonders das nunmehr zurückgelegte Parlamentsjahr vom Frühling 1916 bis zum Frühling 1917 fruchtbar erwiesen. Die in der gesamten europäischen Presse oft erwähnten wirtschaftlichen Verhandlungen, die die schweizerische Regierung mit den beiden Mächtegruppen führen mußte, um eine Erhaltung des Wirtschaftsliebens der Bevölkerung zu ermöglichen, hatte zu dem Ergebnis geführt, daß man sich von deutscher Seite weitesten Entgegenkommens erfreuen durfte, während die Alliierten sämtliche Wünsche ablehnten und damit bewiesen, wie sehr sie die Rücksicht auf die Neutralität der Schweiz in der Hand unterordneten. Mehr aber noch als alle die unerhörten Schlägen und willkürlichen Einengungen, die sich die Schweizer, ohne Unterschied ob im Westen oder Osten, in Bezug auf den Handels- und Postverkehr gefallen lassen mußten, wirkte anderes. Das Friedensangebot des deutschen Kaisers vom 12. Dezember 1916 hatte in der Schweiz die sichere Hoffnung erweckt, daß der Frieden um einen beträchtlichen Schritt näher gerückt sei. Diese Hoffnung veranlaßte die Berner Regierung mit einer Aufforderung zu Friedensverhandlungen hervortreten. Das Echo auf das kaiserliche Angebot vom 12. Dezember enttäuschte ungemein. Diese Enttäuschung zeigte sich in der scharfen Ablehnung, die Wilsons Aufforderung zum Februar, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abzubrechen, sowohl bei der Regierung als auch beinahe ausnahmslos bei der gesamten Presse fand.

Rein Wunder also, daß man jetzt die Befinnung auf sich selbst feststellen kann und daß die Verhandlungen der beiden Parlamente sich dieses Mal mehr des selbstverständlichen Ernstes erfreuen dürfen als gerade vor einem Jahr. Dabei geht es noch eine Frage zu behandeln, die einen heißen Stoff (in einem neutralen Parlament) gewidmet war: Das Initiativbegehren der Kantone Waadt, Genéve und Neuchâtel betreffend Protest gegen die Verschickung von französischer und belgischer Staatsangehöriger. Man erinnert sich, daß am 21. November 1916 die Berner Regierung durch ihren Berliner Gesandten mitteilen ließ, daß die zwingungsweise erfolgte Verschickung Arbeitsloser, die in den neutralen Ländern einen unangenehmen Eindruck machte. Die Berner Regierung war sich selbstverständlich bewußt, daß der Gewerkschaft des besetzten Gebietes unter dem Zwang der Notwendigkeit gehandelt habe; umso freundlicher wurde von dem Einsprechen des Kaisers Kenntnis genommen, der die Aufhebung der erwähnten Verschickungen veranlaßte. Die Petition mit 1500 Unterschriften, die dem oben erwähnten Initiativbegehren der drei westlichen Kantonsregierungen zu Grunde lag, forderte einen Protest gegen die durch diese Verschickung angelegte begangene Verletzung des Völkerrechts. Die Regierung und die Kommission waren von vornherein für Ablehnung der Initiative. Die Ablehnung erfolgte auch, nachdem ein Antrag von sozialdemokratischer Seite, man sollte als Kompromiß der Saager Verträge nicht nur gegen diese, sondern gegen alle anderen Völkerrechtsverletzungen Protest erheben, Gelegenheit gab, die Frage von verschiedenen Seiten zu beleuchten. Es war nur folgerichtig, daß der Vertreter der Regierung, Bundesrat Hoffmann, die Frage aufwarf, warum denn die westlichen Kantonsregierungen einen Protest gegen die Vergewaltigung Griechenlands, gegen die Verschickung schweizerischer Familien nach Sibirien, gegen die Unterdrückung des Postverkehrs usw. nicht ebenso nachdrücklich verlangten, wie den Einspruch gegen diese Verschickungen? Es läßt uns, sagte Bundesrat Hoffmann, uns in die Angelegenheit des Auslands weniger einmischen und dafür mit mehr Bescheidenheit die Aufmerksamkeit den Sorgen und Aufgaben innerhalb der eigenen Landesgrenzen zu widmen.

Nach einer Petition entziffelte eine lebhafteste Debatte, die auch außerhalb der Schweiz interessiert. Die sozialistische Fraktion der Bundesversammlung hatte gleich nach Sturz des Paris- und der Petersburger provisorischen Regierung (Schiedsgericht und Grub übermittelte. Gleichzeitig forderten sie die Bundesversammlung auf als Vertreterin der ältesten Demokratie Europas der jüngsten europäischen Republik ihren Glückwunsch zu entbieten. Auch diese Petition fand keinen Anklang, wie sich die Regierung auch gegen einen Antrag aus sozialistischen Kreisen, nochmals mit einer Aufforderung aus Friedensverhandlungen hervortreten, auf alle Fälle ablehnend verhielt.

Den öffentlichen Verhandlungen innerhalb des National- und Ständerates folgen nunmehr die vertraulichen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Schweiz und den Delegierten der einzelnen Mächtegruppen. Diese Verhandlungen werden aus Rücksicht auf die Erhaltung des schweizerischen Handels und Industrie und auf die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln geführt. Das vor einiger Zeit erfolgte englische Einfuhrverbot ist schon seit zwei Wochen Gegenstand von Verhandlungen zwischen der englischen und schweizerischen Regierung. Die Verhandlungen sind wie verläuft, so weit gegeben, daß mit der Einräumung des Meistbegünstigungsrechtes seitens Englands gerachtet werden darf. Das heißt, die britische Regierung erkennt den im englisch-schweizerischen Handelsvertrag aufgestellten Grundsatz der Meistbegünstigung an und sichert zu, daß sie der Einfuhr aus der Schweiz die gleichen Erleichterungen einräumen wird, wie sie der Einfuhr französischer und italienischer Erzeugnisse einräumt. Bedeutend mehr Interesse wird man den nunmehr einsetzenden Verhandlungen mit der deutschen Regierung widmen. Der bestehende Vertrag bedarf Ende April der Erneuerung, die nicht ohne Änderungen oder Ergänzungen erfolgen wird, deren Notwendigkeit sich inzwischen aus der Erfahrung ergeben hat. Von schweizerischer Seite ist für diese Verhandlungen mit Deutschland eine besondere Kommission gewählt worden, von deutscher Seite sind an den Verhandlungen die Handelsattachés an der deutschen Gesandtschaft in Bern betraut. Es handelt sich um die Einfuhr von Kohlen, Stahl und Eisen auf der einen Seite, um die

Ausfuhr von Eigenprodukten auf der anderen Seite. Die günstigen Erfahrungen, die beide Teile bei der Durchführung des letztjährigen Abkommens gemacht haben, lassen die Hoffnung rechtfertigen, daß einer Erneuerung des Vertrages nichts im Wege steht. (Genf. B.)

Der österr.-ungarische Tagesbericht.

Wien, 18. April. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Der Geschützkampf lebte stellenweise auf. Sonst keine nennenswerten Gefechtsbeobachtungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.
Die Lage ist unverändert. Einer unserer Flieger schoss gestern im Luftkampf über Villa ein feindliches Fernsprechanlage ab. Die Insassen wurden gefangen genommen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Die Italiener versuchten bei Skoja eine Pontonbrücke über die Bojina zu schlagen. Sie wurden durch unser Feuer daran gehindert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der Seekrieg.

Verfentete Schiffe.

O Kopenhagen, 18. April. Nach einer Meldung des Christianiaer Blattes „Lidens Tegn“ aus Stavanger soll dort eine Gasflasche folgenden Inhalts angebracht worden sein: Escher aus Esbjerg 13. April. Von Unterseeboot versenkt. Das Schiff wurde mit Granaten beschossen. Die gesamte Besatzung befindet sich in den Booten. Jetzt ist das Wetter viel schlimmer geworden mit Nord- und Westwind. Wahrscheinlich erlebten wir diese Nacht nicht. Sendet diesen Bitteln an Rarthen Erdringen 15 in Kopenhagen. — Daß der Bitteln echt ist, heißt es weiter in dem Telegramm des Blattes, scheint daraus hervorzugehen, daß er aus einem Notizbuch gerissen ist und daß auf seiner Rückseite Einzelheiten über die Escher aufgezeichnet sind.

Berlin, 17. April. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus London, daß dieser Tage ein großer Dampfer der Cunard-Linie auf eine englische Mine aufgelaufen und gesunken sei und daß die englische Regierung jede Veröffentlichung hierüber verboten hat. „Daily Telegraph“ vertritt in einem seiner letzten Leitartikel, daß vor wenigen Tagen ein 13000 Tonnendampfer, der mit Fleisch beladen war, auf der Fahrt von der englischen Westküste nach London versenkt wurde, ohne daß hierüber offiziell etwas an die Öffentlichkeit gedrungen sei.

Ein norwegischer Protest.

O Christiania, 17. April. (Nicht amtlich.) Das Mitteil des Störings Admiral Sparre hat folgende Interpellation erregt. Was hat die Regierung unternommen und was gedenkt sie zu unternehmen anlässlich der zur Zeit stattfindenden zahlreichen Verfertigungen norwegischer Handelschiffe, bei denen Menschenleben verloren gehen?

Die Schiffe der belgischen Unterjüngungskommission.

O Berlin, 17. April. In holländischen Blättern wird darüber klage geführt, daß der norwegische Dampfer Comilla, der für die belgische Unterjüngungskommission fuhr, durch deutsche Seestreitkräfte versenkt sei und dann behauptet, daß sei zweifellos außerhalb des Sperrgebietes gesunken. Wie wenig diese Behauptung berechtigt ist, geht daraus hervor, daß der Kapitän des Schiffes den Kommandanten des deutschen U-Bootes auf dessen Frage, warum er durch das Sperrgebiet fuhr, erklärt hat: „Ich glaubte es würde gut gehen“. Es ist bisher in allen Fällen festgestellt worden, daß die Schiffe der belgischen Unterjüngungskommission, die in der letzten Zeit leider zahlreich zu Schaden gekommen sind, hieran selbst die Schuld tragen. Wenn sie außerhalb des Sperrgebietes bleiben und sich dort den Maßnahmen des Kriegsmarines nicht widersetzen, können sie stets mit voller Sicherheit fahren.

Verfentete Transportdampfer.

Wien, 18. April. Zwischen Larrache und Tanger sind am 13. April vier Transportdampfer und ein größerer Transportdampfer durch U-Boote versenkt worden.

Deutsche U-Boote in amerikanischen Gewässern.

Wash. D. C., 18. April. (Reuter.) Ein deutsches U-Boot feuerte auf einen amerikanischen Zerstörer 100 Meilen südlich von New York.

Der mangelnde Offenheitsgeist der englischen Flotte.

Wien, 17. April. Kontradmiral Deagon schreibt über den mangelnden Offenheitsgeist der englischen Flotte in der „James de Bordeaux“. Die ständig wachsende Einengung unserer wirtschaftlichen Existenz muß zugegeben werden und hinter allen verantwortlichen und noch zu erwerbenden Unannehmlichkeiten steht der U-Bootskrieg oder, um ganz offen zu sprechen, das allgemeine System des Seekrieges, das von den westlichen Verbandsmächten nolens volens angenommen wurde. Was uns wohl hätte erspart werden können, sind die Streiffahrten einer „Möbe“ oder eines „Seeable“, die uns viele Schiffe gesenkt haben. Dazu kommt noch die sehr ärgerliche Angelegenheit der Verschickung von Dünkirchen durch Zerstörer Torpedoboots. Sir Edward Carson hat öffentlich erklärt, es läßt sich keine politische Gründe, weshalb die politische Regierung „das Auf-Spiel-Setzen der britischen Flotte“ vermeiden hätte. Ich denke, daß diese vom ausschließlich militärischen Standpunkte übrigens durchaus verkehrte Doktrin nur bei Dreadnoughts ihre Anwendung findet, in keiner Weise aber bei für den Küstenkrieg geeigneten Schiffen, über die wir verfügen. Aus dem Staunen sind wir überhaupt nicht mehr herausgekommen. Wie denkt sich überhaupt Kleptomane die Intensionsarmee, deren Bedrohung ihm wieder einmal befristet ist? Ist es nicht geradezu widerfährig, daß ausgedehnt gerade in diesem Augenblick die Engländer oder wenigstens einige Engländer eine solche Landung befrüchten? Wo ist der Offenheitsgeist von demal geblieben?

Mythifikationen der englischen Admiralität.

O Amsterdam, 17. April. In der Wochenchrift New Statesman vom ersten und zweiten Lord der Admiralität, Sir Edward Carson, vorgelesen, daß er dem englischen Volk über die Verluste, die die Unterseeboote der englischen Handelsflotte zuzufügen, nicht die Wahrheit sage. Die Veröffentlichungen der Admiralität seien Mythifikationen. Eine noch viel größere Mythifikation aber sei der englische Bericht über die berühmte Schlacht bei Cogo.

Der Wirrwarr in Russland.

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten.

W. Petersburg, 18. April. (Meldung der Belg. Tel.-Ag.) Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten nahm bezüglich der Frage des Ständigen Arbeitstages eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wird, ein einstweiliges Dekret zur Einführung des 8 stündigen Arbeitstages zu erlassen, jedoch soll für die Dauer des Krieges dieses Dekret die Möglichkeit von Überstunden in den Unternehmen vorsehen, die für die nationale Verteidigung arbeiten und Arbeiten von dringender Notwendigkeit herstellen. Bei der Einführung des Gesetzes über den Ständigen Arbeitstag empfiehlt der Kongreß eine Verkürzung mit der Unternehmen, die einen Zuschlag bilden sollen gegen die Teilbestrebungen der Arbeiter zur Einführung des 8 stündigen Arbeitstages. Der Kongreß anerkennt, daß im gegenwärtigen Augenblick der Kampf zwischen Arbeit und Kapital sich mit dem Zustand der Dinge in Einklang setzen muß, wie er durch die noch nicht abgeschlossene Revolution und durch die Bedrohung seitens des Feindes geschaffen ist.

Weiter nahm der Kongreß in der Schlussung eine Entschließung betr. die Agrarfrage an, in der festgesetzt wurde, daß die Zeit gekommen sei, diese Frage endgültig zu erledigen, wozu folgendes nötig sei:

1. Die Unterdrückung von Massen und Lizenzen
2. Eine gründliche Umwidmung des Systems der örtlichen Verwaltung.
3. Beseitigung aller Ländereien, die der Krone, der Kirche oder den Klöstern gehören und bezahlte Ubergabe an die Bauern.

Die Entschließung fügt hinzu, daß die endgültige Lösung der Agrarfrage der konstituierenden Versammlung überlassen werden müsse.

Die Arbeiten des Kongresses wurden mit einer Rede von Plechanow geschlossen, der auf die Bedeutung der Beschlüsse des Kongresses über die Fortsetzung des Krieges hinwies und zu einträchtiger Arbeit aller aufforderte an dem gemeinsamen Ziele, den bürgerlichen Krieg zu vermeiden und zu beweisen, daß die russische Demokratie eine zur Regierung vollkommen reife Macht sei, wie sie es bisher gezeigt habe.

Die Arbeiter trennten sich unter dem Gesang der Marschlieder.

Der Krieg mit Amerika.

Die Kriegskredite.

Wash. D. C., 18. April. (Reuter.) Der Senat hat den Kriegskredit von 7 Milliarden einstimmig bewilligt.

Bedenken gegen das Bündnis mit der Entente.

O Berlin, 17. April. Nach einer Meldung aus New York vom 14. April schreibt der New York American: Viele Kongreßmitglieder sind gegen ein Bündnis mit den Alliierten, wenn sie auch der Ansicht sind, daß man wirklich zusammenarbeiten müsse. Der ganze Generalstab ist gegen die Entscheidung von Truppen nach Europa. Die Bedenken der Kongreßmitglieder sind politische. Man glaubt, wir sollten nicht die Bündnislosigkeit verlassen, die so oft ist wie die Republik. Man fürchtet, daß irgend ein Bündnis mit europäischen Mächten unbedingt zu einer späteren Teilnahme Amerikas an europäischen Streitigkeiten führen würde. Die Leichtigkeit dieser Kongreßmitglieder fühlen, daß ein Bündnis mit einem oder allen der alliierten Staaten uns in kurzer Zeit in schwierige Lagen bringen könnte. Bündnisse bedecken noch der Ansicht dieser Kongreßmitglieder nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen den Regierungen.

Eine französische Subjugation für Wilson.

W. Paris, 18. April. (Meldung der Wa.-Ag.) Die Regierung hat beschlossen, eine außerordentliche Gesandtschaft aufzusenden, um den Präsidenten der Vereinigten Staaten anlässlich des Eintrittes in den Krieg an der Seite der Alliierten zu begrüßen. An der Spitze der Gesandtschaft steht der stellvert. Ministerpräsident Ribot, ferner gehören ihr an Feldmarschall Joffre, Bismarck, Admiral Hochebrat und der Deputierte Marquis Chabrun.

Der englisch-holländische Handelsverkehr.

W. Amsterdam, 17. April. Die „Times“ vom 11. April melden, daß die Verbindung von Postpaketen nach Holland ganz eingestellt worden sei.

W. Amsterdam, 17. April. Ein holländisches Blatt erzählt von unrichtiger Seite, daß zwischen der englischen und der niederländischen Regierung vereinbart wurde, daß in Zukunft alle aus Amerika kommenden mit Lebensmitteln für Mensch und Tier oder mit Ammunition beladenen Schiffe in Halifax untersucht werden. Sie werden keinen Hafen in England mehr anzulanden brauchen.

W. Haag, 18. April. Nach holländischen Verlautbarungen entbehrt die gestrige Meldung des „Telegraaf“ der Begründung, daß alle aus Amerika kommenden niederländischen Schiffe, die Lebensmittel, Futtermittel und Düngemittel führen, nur in Halifax untersucht werden sollen, und keinen Hafen in England anzulanden brauchen. Eine derartige Vereinbarung zwischen der holländischen und englischen Regierung besteht nicht.

Eine Erklärung des Ostmarkenvereins.

In der letzten Sitzung des Hauptvorstandes des Deutschen Ostmarkenvereins zu Berlin ist, laut „Vollzugs-Neuesten Nachrichten“, folgende Erklärung einstimmig angenommen worden:

Die polnische Frage ist wiederholt von berühmten verantwortlichen Staatsmännern geradezu als die wichtigste innerpolitische und somit auch innerdeutsche politische Frage bezeichnet worden. Aus der richtigen Erkenntnis dieser Tatsache und nicht aus Voreingenommenheit gegen die polnische Bevölkerung sind in gemeinsamer jahrelanger Arbeit von Regierung und Volkvertretung die verschiedenen Schritte geschaffen worden, die die Vergewaltigung der Deutschen in der Ostmark durch die Polen verhindern und damit die dauernde Sicherung der Ostmark des Reiches gewährleisten sollten. Die zur Förderung des Bestehens in der Ostmark erlassenen Gesetze und die Einrichtungen werden erst dann erheblich, wenn die Polen sich ihrer Zugehörigkeit zum preussischen Staat vollkommen auszeichnen und ihre Feindschaft gegen ihre deutschen Mitbürger endgültig aufgeben. Die Meinung, daß dieser Zeitpunkt jetzt schon eingetreten sei, hat sich als irrig erwiesen und die Hoffnung auf eine Sinnesänderung der Polen, nachdem sie durch die Kriegskatastrophen der deutschen Heere und mit deutschen Mute von der Außenwelt befreit wurden und ihnen ein selbständiges politisches Königreich verheißen ist, war trügerisch. Die Polen im neuen Polenreich wie in Preußen haben ihren Standpunkt nicht geändert. Das hat ihr Verhalten während des Krieges vor und nach der Proklamierung des polnischen Königreiches unwiderleglich erwiesen. Ihre abwartende Haltung auf den Ausgang des Krieges, die hätte Aufnahme deutscher Siege, ihre Zurückhaltung bei der Beibehaltung der Kriegsanleihe und insbesondere bei der Ablieferung der Lebensmittel, die Erklärungen der polnischen Abgeordneten im Preussischen Landtage und anderes lassen keinen Zweifel darüber, daß die Polen überall nach wie vor an ihren Interessen und Streben nach einem unabhängigen, alle Polen vereinigen-

Das deutsche Volk... die deutsche Politik... die deutsche Politik... die deutsche Politik...

Die sechste Kriegsanleihe. Ergebnisse in Städten und weiteren Bezirken.

Die in Klammern beigefügten Ziffern beziehen sich, wenn nichts anderes bemerkt ist, der Reihenfolge nach: die erste auf die 1. Anleihe, die zweite auf die 4. Anleihe, die dritte auf die 3. Anleihe, die vierte auf die 2. Anleihe und die fünfte auf die 1. Anleihe. Die Angaben verstehen sich alle in Millionen Mark.

Table with 2 columns: Location and Amount. Locations include Aachen, Altona, Augsburg, Baden-Baden, Bad Godesburg, Bidingen (Oberbessen), Coburg, Darmstadt, Dillingen a. D., Dortmund, Dresden, Eberfeld, Erfurt, Frankfurt a. M., Fulda, Göttingen, Gießen, Gotha, Greifswald, Gütersloh, Halle, Hamburg, Hanau, Heilbronn, Kaiserlautern, Kassel, Kiel, Krefeld, Königsberg i. Pr., Landsberg, Lüdenscheid, Magdeburg, Mannheim, Marburg, M. Gladbach, Neustadt i. Schw., Neustadt a. S., Nürnberg, Offenbach, Pfulendorf (Bezirk), Regensburg, Siedlitz, Straßburg i. El., Stuttgart, Wiesbaden, Wittlich, Würzburg, Zweibrücken, St. Ingbert, Domburg (Bez.).

Karlsruhe, 17. April. Die Badische Landwirtschaftliche Versuchsanstalt hat bei den vorigen Kriegsanleihen 900 000 M. und bei der diesjährigen 200 000 M., also insgesamt 1 100 000 M. Kriegsanleihe gezeichnet.

Die Zentralkasse der badischen Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften u. G. m. B. in Karlsruhe hat für sich und ihre Zweigstellen an der 6. Kriegsanleihe mit 1 1/2 Millionen M. sich beteiligt. Wenn man bedenkt, daß dieser Kasse fast ausschließlich nur Ein- und Verkaufsgenossenschaften angeschlossen sind, so darf auch diese Sammlung als hocherfreulich bezeichnet werden.

Bei der Rheinischen Creditbank und deren Filialen wurden von der 6ten Kriegsanleihe 138,5 Millionen Mark gezeichnet gegen 112 Millionen Mark von der 5ten Kriegsanleihe. Die Gesamtzeichnungen auf alle Anleihen betragen bei dem Institut 616,494,000 Mark.

Karlsruhe, 18. April. Auf die 6. Kriegsanleihe sind bei der Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit unter Einfluß der eigenen Bestimmung 23 Millionen Mark gezeichnet worden. Im ganzen hat die Kasse zur Verleihung des bedrohten Vaterlandes bis jetzt 100 Millionen Mark Kriegsanleihe aufgebracht.

Mannheim, 18. April. Bei der Reichsbankhauptstelle Mannheim, bei der die Ergebnisse zusammenzufassen, liegt zunächst nur ein vorläufiges Ergebnis vor, da die Ergebnisse einzelner Vermittlungsstellen erst im Laufe des heutigen Tages einlaufen. Dieses Ergebnis ist aber auch in seinem provisorischen Charakter schon sehr erfreulich, denn es beläuft sich, ohne die Postzeichnungen und die Zeichnungen der Genossenschaften bereits auf 142 Millionen, wenn ein definitives Ergebnis von 138,49 Millionen bei der fünften Kriegsanleihe, so daß also die fünfte Anleihe bereits überholt erscheint.

Baden-Baden, 17. April. Die in unserer Stadt auf die 6. Kriegsanleihe gezeichnete Summe hat sich noch um 131 800 Mark erhöht und beträgt nunmehr 7 589 300 M. Unter Einwirkung der außerdem beim hiesigen kaiserlichen Postamt gezeichneten 3700 M. beträgt die Gesamtzeichnungssumme also 7 959 000 M.

Freiburg i. Br., 18. April. Die endgültigen amtlichen Feststellungen haben ergeben, daß bei der hiesigen Reichsbankstelle und den hiesigen Bankstellen, also ausschließlich der Reichsbankstellen außerhalb Freiburg, im ganzen die Summe von 52 700 000 M., gegen 44 000 000 M. der 5. Kriegsanleihe, also ein Mehr von 8 700 000 M. gezeichnet wurde.

Jena, 17. April. Das Gesamtresultat der Kriegsanleihe in Thüringen beträgt 290 Mill. Mark (216, 238, 275, 200, 120 Mill.).

Die fünf bis jetzt in Deutschland aufgetragenen Kriegsanleihen haben fast 46 Milliarden Mark erbracht. Sie ergaben im einzelnen in Millionen Mark:

Table with 2 columns: Date and Amount. Dates: September 1914 (4481), Februar 1915 (9103), September 1915 (12160), März 1916 (10600), Oktober 1916 (10590).

Dazu kommt noch das Ergebnis dieser 6. Kriegsanleihe, bei dem aber die ohne Frage noch recht beträchtlichen Feldzeichnungen noch ausstehen.

Aus dem Großherzogtum.

Freiburg, 16. April. Das Akademische Decretum gibt bekannt, daß trotz des Brandunglücks, welches die Freiburger Akademie am 14. April betroffen hat, im kommenden Sommersemester sämtliche Vorlesungen und Übungen, wie sie im Vorlesungsverzeichnis angeführt sind, abgehalten werden.

Freiburg, 18. April. Im Alter von 62 Jahren ist hier Amtsgerichtsdirektor Ernst Weghold gestorben. Geboren zu Weßelshausen war der Entschlafene im Jahre 1874 in den bairischen Staatsdienst eingetreten. Er war mehrere Jahre Amtsrichter in Fullendorf und Weßelshausen, wurde 1886 Oberamtsrichter, dann nach Bruchsal und 1896 als Landgerichtsrat nach Karlsruhe versetzt. In demselben Jahre erfolgte seine Veretzung als Oberamtsrichter nach Durach, von wo er dann hierher an die Spitze des Amtsgerichts gestellt wurde.

Freiburg, 18. April. Am kommenden Sonntag wird in allen katholischen Kirchen eine Kundmachung des Erzbischöflichen Ordinariats verlesen werden, welche die Tätigkeit der Fürsorgevereine, welche sich in erfolgreicher Weise der gesunden und sittlich gefährdeten Mädchen annehmen, zum Gegenstand hat. In der Ansprache werden die Statuten der Erzbischöflichen Fürsorgevereine nach Kräfzen zu unterstützen und weiter wird den Damen der Fürsorgevereine für ihr opferndes Wirken Dank gesagt. Zugleich wird in den Kirchen eine Sammlung für die Fürsorgevereine gehalten werden.

Freiburg, 18. April. Die Polizei verhaftete zwei jugendliche Tagelöhner, Schüler im Alter von 11 und 13 Jahren, die sich dem Elternhaus entzogen hatten und unter dem Einfluß von Schundliteratur eine Art Irrenleben führten. Sie waren mit Terzett und schwarzer Munition versehen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 18. April 1917.

Schweigepflicht beim Vaterl. Hilfsdienst. Der stellv. kommand. General des 14. A. K. hat folgende Verordnung erlassen: Den bei militärischen Dienststellen auf Grund des Hilfsdienstgesetzes oder freiwillig ehrenamtlich oder gegen Vergütung beschäftigten Führern ist es verboten, anderen Personen über Art und Umfang ihrer Tätigkeit bei der militärischen Dienststelle oder über die ihnen auf Grund dieser Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen Mitteilungen zu machen, wenn sich die Pflicht zur Geheimhaltung aus der Natur der Sache oder aus einer besonderen Befehlsbefugnis ergibt. Dieses Verbot bleibt auch nach der Beendigung des Dienstverhältnisses bei der militärischen Dienststelle bestehen. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft. Die Verordnung ist sofort in Kraft getreten.

Gemeindefürsorge. Das von der Allgemeinen Ortskrankenkasse dabei während des Krieges im Jahre 1915 erworben und neu eingerichtete Gemeindefürsorgeheim Scheuern, bei Wernsbach, hat einen wertvollen Zuwachs dadurch erhalten, daß der Ausschuss der Kasse in gestriger Sitzung den Beschluß faßte, das benachbarte größere Anwesen Finkenweiler anzukaufen und ebenfalls für die Zwecke einer ausgedehnten Gemeindefürsorge zu verwenden.

Der Badische Verband der Web-, Woll- und Strickwarengeschäfte hatte die Karlsruher Textilgeschäfte auf Montag, den 16. April d. J. zu einer Besprechung der neuen Bestimmungen der Reichsbeschleidsungsstelle in Berlin über Erteilung von Bezugsbewilligungen einberufen. An der gut besuchten Versammlung nahm auch der Vorstand der hiesigen Beschleidsungsstelle, Herr Leopold Steinel, teil, der nähere Ausführliche über die nunmehrige Handhabung des Bezugsbewilligungsverfahrens gab. Die angelegenen Verhandlungen werden voraussichtlich sowohl für die Beschleidsungsstelle als auch für das Publikum von einschneidender Bedeutung sein.

Letzte Drahtberichte.

Polnisches Geld.

Warschau, 18. April. Der Generalgouverneur erließ eine Verordnung über die Währung im Generalgouvernement Warschau, die am 26. April in Kraft tritt. Danach hört der Rubel auf, im Generalgouvernement gesetzlich Zahlungsmittel zu sein, und an seine Stelle tritt die polnische Mark. Es ist verboten, Rechtsgeschäfte, die Zahlungen zum Gegenstand haben, in Rubel abzuschließen, Zahlungen in Rubel anzunehmen und private und öffentliche Urkunden auf Rubel auszustellen. Der Umrechnungssatz ist auf ein Rubel, gleich 2,16 M. festgesetzt. Der polnischen Mark gleich steht die Reichsmark für Zahlungsverhandlungen gegen die Verordnung ist eine Geldstrafe bis zu 100 000 M. und Gefängnis bis zu 5 Jahren festgesetzt.

Das englische Parlament.

London, 18. April. Das Unterhaus hat das Gesetz über die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages bis zum 30. November mit 286 gegen 52 Stimmen in zweiter Lesung angenommen.

Chinesische Kulis als englische Hilfskräfte.

Amsterdam, 18. April. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge meldet die „Java Daily Mail“, daß die englische Regierung mit der chinesischen Regierung ein Abkommen über die Lieferung von 200 000 chinesischen Kulis abgeschlossen habe, die als Träger und sonstige Hilfskräfte auf dem Vollen verwendet werden sollen.

Eine braunschweigische Prinzessin.

Schloß Blankenburg, 18. April. Die Herzogin von Braunschweig ist heute Nacht um 1/2 Uhr von einer gesunden Prinzessin glücklich entbunden worden. Die neugeborene Prinzessin ist das dritte Kind des Herzogs Ernst August von Braunschweig und seiner Gemahlin Viktoria Luise, der einzigen Tochter unseres Kaisers. Die beiden ersten Kinder des Herzogspaares sind die Prinzessin Ernst August Viktoria (geb. 18. März 1914) und Ernst August Friedrich (geb. 26. März 1915).

Die historische Zollernfeier in Konstanz.

Konstanz, 18. April.

Die Feierlichkeiten anläßlich der heutigen 500. Wiederkehr der Belehnung des Burggrafen Friedrich des Zollern von Ruzberg mit der Mark Brandenburg durch Kaiser Sigismund nahmen gestern mit einer Festversammlung im alten Konstanzer Konjüngelgebäude ihren Anfang. Unter den erschienenen Gästen befanden sich als Vertreter Seiner Majestät des Kaisers Generaladjutant Generaloberst v. Plessen, als Vertreter Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden General Dürs, als Vertreter des Fürsten von Hohenzollern in Signatur Major Geyer von Schwepenburg. Des Weiteren waren erschienen der Preuß. Gesandte in Karlsruhe von Eifendegger, der kommandierende General des 14. Armeekorps von Jäber, die Generale von Wolf und von Liebenstein, Eggeling von Holz, Landeskommissar Strauß, Vertreter der Geistlichkeit, das Offizierskorps der Garnison Konstanz, Vertreter der Beamenschaft, der Mitglieder der städtischen Verwaltung, der Bürgermeister von Nachbarkräften u. a. Nachdem die Musikkapelle das Festkonzert von Richard Wagner vorgetragen hatte, begrüßte Oberbürgermeister Dietrich die Festversammlung und brachte ein Schreiben der Großherzogin Luise von Baden zur Verlesung, in dem sie darauf hinweist, daß jener Akt, der sich vor 500 Jahren am 18. Oktober vollzog, für immer denkwürdig in der Geschichte des deutschen Vaterlandes bleibt. Er ist und bleibt ein Markstein der ersten Verbindung zwischen Süd- und Norddeutschland, die jetzt in dem gewaltigsten aller Kriege in ihrer ganzen Größe und Kraft im deutschen Reiche vor uns steht.

Hierauf hielt Geheimrat Professor Dr. Brandenburg aus Leipzig den Festvortrag, indem er sich über die Geschichte des Konstanzer Konzerts, den Gehalt der Belehnung, die Entwicklung der Mark Brandenburg zur heutigen deutschen Reichsmacht Preußen und die Bedeutung der Hohenzollern für das Deutschland und das Deutsche Reich verbreitete.

Oberbürgermeister Dietrich brachte ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Kaiser aus. Generaloberst von Plessen entbot der Stadt Konstanz den kaiserlichen Gruß und Dank für die feierliche Veranstaltung zu Ehren des Hauses Hohenzollern und brachte ein Hoch auf das Großherzoglich-Badische Haus, die Großherzogin Luise und die Stadt Konstanz aus.

Mit Schuberts „Schicksalslied. Wie die Natur“ und einem Festmarsch schloß die erhabende vaterländische Feier.

Der Ministerwechsel in Oesterreich.

Wien, 18. April. Den Blättern zufolge hat auch der Minister für Galizien Dr. von Dobrynski seinen Rücktritt angeboten, weil die Regelung der Frage der Neugestaltung Galiziens nicht in der vom Reichsrat beschlossenen Form vollzogen worden ist. Einzelne Blätter weisen darauf hin, daß der Reichsrat noch seinen endgültigen Beschluß gefaßt hat, und daß es deshalb nicht unwahrscheinlich sei, daß der Rücktritt von Dr. von Dobrynski noch nicht als unabwehrlich anzusehen sei.

Die innerpolitische Lage in Ungarn.

Budapest, 18. April. Auf Grund einer Zeitungsnotiz, in der der Abgeordnete Graf Johann Sicho einen gegenwärtigen Standpunkt in der Frage der inneren Politik gegenüber dem Grafen Tisza einzunehmen und schließlich erklärt hatte, er lasse sich nicht aus der Partei hinauskomplimentieren, die er mitbegründet habe, entstand im Klub der Regierungspartei, um die Solidarität mit dem Ministerpräsidenten zu betonen, eine Bewegung, um Sicho auszuschließen. Graf Sicho kam einem dahinjehenden Beschluß zuvor, indem er aus dem Klub austrat.

Eine albanische Deputation in Wien.

Wien, 17. April. Die albanische Korrespondenz meldet: Unter Führung des Höchstkommandierenden in Albanien, General der Infanterie Trolmann, traf gestern nach eine aus 34 Mitglieðern bestehende albanische Deputation ein, um Kaiser Karl die Guldigung Albanien durchzubringen. In dieser Deputation sind sämtliche Teile des Okkupationsgebietes und alle drei Glaubensbekenntnisse des Landes vertreten. Morgen nachmittag wird die Deputation von Kaiser Karl in Audienz empfangen werden.

Die feindlichen Heeresberichte.

London, 18. April. Englischer Bericht vom 17. April. Wir nahmen das Geschloß Zombold in der Nähe von Gschlo. Während der Nacht gewannen wir längs des Höhenvorsprungs nordöstlich des Waldhofes von Gschlo Boden und machten von neuem Befestigungen. London, 18. April. Englischer Heeresbericht aus Mesopotamien vom 18. April. Das Telegamm des Generals Mouton berichtet über einen nächsten Vormarsch auf dem rechten Tigrisufer bis auf eine halbe englische Meile von der Stellung des 18. türkischen Armeekorps, das den Bahnhof Nibabel an der Eisenbahn Bagdad-Samara bedt. Der Feind wich ohne Widerstand zurück.

Aus den Standsbüchern der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen: 17. April: Friedrich Schenk von hier, Kaufm. hier, mit Frieda Jorung von hier; Louis Geier von Cortenberg, Kaufmann in Dinglingen, mit Meta Frey von Oberbach; Wilhelm Eberle von Oberbach, Metzgermeister hier, mit Luise Schneider von Oberbach; Wilhelm Mohler von Sietelbach, Schlossermeister in Weiskopf, mit Luise Rudolf von hier; Johann Döhlen von Westhofen, Schneider in Paris, mit Sophie Haag von hier; August von Rheinböschheim; Wilhelm Tremmel von hier, mit Frieda Lehmann von hier.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie. Voraussichtliche Witterung am 19. April: vorübergehend Besserung.

Wasserstand des Rheins am 18. April, früh. Schutterinsel 185, gestiegen 7; Rehl 263, gefallen 1; Magau 426, gestiegen 7; Mannheim 346, gestiegen 12 Zentimeter.

Bekanntmachung.

Landarbeit der Hausangestellten betreffend. Anstufung und Beratung wird erteilt in der Beratungsstelle beim Städtischen Arbeitsamt, Jahlingerstraße 100 III. Stad. Zimmer 20:

- 1. Für Hausfrauen über zeitweilige Beurteilung der Hausangestellten für landwirtschaftliche Arbeit.
2. Für Hausangestellte und Kriegerranen, die zur Uebernahme von Landarbeit befähigt und bereit sind.
3. Für Hilfskräfte in den städtischen Haushaltungen:
a) für Kriegerranen,
b) für Jugendliche von 14-17 Jahren.
Sprechstunden werktags:
für Hausfrauen von 10-12 Uhr vormittags,
für Hausangestellte und alle übrigen Arbeitskräfte von 1/2-1/2 Uhr nachmittags.

Bad. Frauenverein. Nationaler Frauendienst. Kath. Frauenbund. 1493. Ortsguppe d. Verb. ev. Frauenvereinigungen. (Landwirtschaftliche Hausfrauen-Vereinigung.)

DRESDNER BANK.

Aktiva.		Bilanz per 31. Dezember 1916.		Passiva.	
M.	J.	M.	J.	M.	J.
Kasse, fremde Geldsorten, Zinnscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken		206 549 107	85	Aktien-Kapital-Konto	200 000 000
Wechsel und unverzinsliche Scheckanweisungen		707 935 544	15	Rücklage A	51 000 000
a) Wechsel und unverzinsliche Scheckanweisungen des Reichs- und der Bundesstaaten	707 935 544	15		Rücklage B	10 000 000
b) eigene Akzepte				Talonsteuer-Rücklage-Konto	1 040 000
c) eigene Ziehungen				Gläubiger	14 242 391
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank				a) Nostroverpflichtungen	8 438 202
Nostraguthaben bei Banken u. Bankfirmen		86 628 702	60	b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	88 088 323
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		176 492 780	35	c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	595 917 504
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		8 277 224	50	d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung	
davon am Bilanztag gedeckt				1. innerhalb 7 Tagen fällig	306 107 500
a) durch Waren, Fracht- oder Lager-scheine	5 001 016	56		2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	188 590 350
b) durch andere Sicherheiten	851 741	15		3. nach 3 Monaten fällig	100 919 563
Eigene Wertpapiere		55 854 817	80	e) sonstige Gläubiger	1 058 200 858
a) Anleihen und verzinsliche Scheckanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	80 929 084	90		1. innerhalb 7 Tagen fällig	546 894 475
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	2 241 339	60		2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	411 529 485
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	19 280 261	35		3. nach 3 Monaten fällig	99 776 897
d) sonstige Wertpapiere	2 804 288	45		Akzepte und Schecks	68 595 391
Konsortialbeteiligungen		54 559 425	80	a) Akzepte	4 929 857
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen		86 838 986	80	b) noch nicht eingelöste Schecks	63 665 534
Schuldner in laufender Rechnung:		736 084 022	50	Ausserdem	
a) gedeckte	513 221 423	90		Aval- u. Bürgschaftsverpflichtungen	M. 93 232 018,95
b) ungedeckte	223 812 606	60		Eigene Ziehungen davon f. Rechnung Dritter	
ausserdem Aval- und Bürgschaftsschuldner	M. 93 232 018,95			Weiterbegebene Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	
Bankgebäude		81 694 858	85	Dividenden-Konto	910 645
Sonstige Immobilien		1 920 613	80	Pensions-Fonds-Konto	4 782 288
Mobilien-Konto		242 466	40	König Friedrich-August-Stiftung	115 254
Pensions-Fonds-Effekten-Konto		4 742 827	05	Georg-Arnstadt-Stiftung	151 509
Effekten-Konto der König Friedrich-August-Stiftung		100 091	95	Reingewinn	80 828 087
Effekten-Konto der Georg-Arnstadt-Stiftung		146 850			
Saldo d. Zentrale u. auswärt. Abteilgn. mit unserer Niederlassung i. London		19 266 441	50		
		2 126 829 763	50		

Dresden, den 31. Dezember 1916.

DRESDNER BANK.

E. Gutmann. Nathan. Jüdel. Herbert M. Gutmann. Hrdlna. Klemann.

Fleisch-Sonderzulage.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 12. April 1917 betreffend Verteilung der regelmäßig zur Ausgabe gelangenden Fleischmengen bringen wir nachstehendes zur Kenntnis.

Nach Anordnung des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes soll als Ersatz für die ausfallende Brotmenge ab 16. April 1917 an die Bevölkerung jede Woche eine Sonderzulage in Fleisch und zwar an Erwachsene 250 Gramm, an Kinder bis zu 6 Jahren 125 Gramm zur Verteilung gelangen.

Um durch diese Ersatzzulage die Ausgaben für den Haushalt möglichst nicht zu vergrößern, wird von Seiten des Reichs und der Landesregierung für jedes auf Grund dieser Anordnung zur Verteilung gelangende 1/2 Pfund Fleisch ein Fleischstück von

70 Pfennig

beigezeichnet.
Dieser Kostenaufschlag soll allerdings hauptsächlich nur den Rindfleischmengen zuzurechnen. Weil es aber bei den gegenwärtigen Preisen häufig sehr schwer, sogar fast unmöglich ist, gerechte Richtschnuren aufzustellen, wurde für das Gebiet des Kommunalverbandes Karlsruhe-Stadt bestimmt, daß die Verteilung der Fleischstücke allen Bezugsberechtigten zufallen soll.

Verpflichtet zum Bezug von Sonderfleischzulage sind die bezugsberechtigten Einzelpersonen mit Einschluß der von den Kommunalverbänden zu verteilenden Fleischmengen, während jedoch nur insoweit die Mindestmenge eine Woche sich hier aufhalten. Ausgeschlossen sind nach den bestehenden Bestimmungen alle Fleischstücke, die für den Hausgebrauch bestimmt sind.

Anfragen erhalten die Sonderfleischkarte nur für die von ihnen verpflegten Einzelpersonen, die unter Namensangabe in unserer Kartenliste eingetragen sind.

Wirtschäften und Metzgereien, sowie Kantinen bekommen die Sonderfleischkarte nur für die ihrem Haushalt angehörenden Personen. Im übrigen erhalten Metzgereien, Kantinen, Metzgereien, Metzschuppen, Metzschuppen und alle anderen betriebl. Anstalten die Fleischstücke an Gäste abgeben, die Zulage nicht.

Die Sonderfleischkarte enthält 4 Marken für die Woche vom 12. April bis 19. April 1917. Jede Marke ist wieder abgeteilt in 2 Hälften und zwar in eine Sondermarke für 175 Gramm Fleisch und eine solche für 75 Gramm Wurst. Die Sondermarken für Kinder bis zu 6 Jahren gelten für 87 Gramm Fleisch und 40 Gramm Wurst.

Jede Sonderkarte und jede Marke ist vor Abgabe an den Metzger oder Wirtschalter an der dafür vorgesehenen Stelle durch den Haushaltungsvorstand zu unterschreiben. Die Metzgereien sind angewiesen, Marken ohne diese Unterschrift nicht einzulösen.

Die Sonderfleischmarken sind beim Bezug von Fleisch vom Metzger und Wirtschalter in der Weise einzulösen, daß er dieselben auf den Fleischpreis in Zahlung nimmt und zwar:

Jede Sondermarke für Fleisch zu 50 Pfennig.
Jede Sondermarke für Wurst zu 20 Pfennig.
Kinder-Sondermarken jeweils mit der Hälfte.

Jede Sonderfleischkarte gilt nur in der Woche, für die sie ausgestellt ist. Die Metzgereien erhalten für jede aufgerufene Sondermarke den Wert derselben in bar vergütet. Neben der Vergütung mit den Metzgereien und Wirtschaltern ergeht noch besondere Bekanntmachung. Wenn Metzgereien Marken, welche noch nicht aufgerufen sind, einlösen, wird der Wert derselben nicht vergütet.

Die Ausgabe der Sonderfleischkarten erfolgt durch Vermittlung der Metzgereien in der Zeit von

Dienstag, den 17. bis Donnerstag, den 19. April einschließlich.

Jede Haushaltung hat ihren Anspruch mit den Sonderfleischmarken bei dem Metzger, bei welchem sie eingeschrieben ist, gegen schriftliche Empfangsbekundung abzugeben. Die Ausgabe der Fleischstücke an Kinder oder an den Metzger unbekannt Personen ist den Metzgereien untersagt.

Die Metzgereien haben die am 20. April bei ihnen noch nicht abgeholt Fleischstücke sofort an diesem Tag bei der Kartenstelle in der Fleischhalle zurückzugeben, und hierbei auch die Empfangsbekundungen über die abgelieferten Fleischstücke einzureichen.

Wer auf den ihm durch die Sonderfleischkarte gewährten Zuschlag verzichten will, kann dies bei uns Kriegsstraße Nr. 116 schriftlich oder mündlich erklären, oder falls er schon im Besitz der Fleischkarte ist, diese bei uns zurückgeben. Er erhält dagegen im Austausch eine gleichwertige Reichfleischkarte.

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß wegen des Geldwertes der Sonderfleischkarten bei Verlust oder Entweihung derselben Ersatz nicht geleistet wird.

Aufgerufen wird hiermit für die Woche vom 16. bis 22. April 1917, die Marke Nr. 1.

Karlsruhe, den 14. April 1917.

Städt. Nahrungsmittelamt.

Bekanntmachung.

Ablieferung von Getreide u. Hülsenfrüchten.

Wie jetzt jedem Landwirt bekannt sein muß, ist es dringend nötig, daß die noch in den Händen der Landwirte befindlichen Vorräte an Getreide und Hülsenfrüchten, soweit sie ihnen nicht selbständig zu belassen sind, umgehend abgeliefert sind.

In Frage kommen die Vorräte an Brotgetreide, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchten, allein oder mit anderen Früchten gemischt, und an Getrot und Mehl, das aus diesen Früchten hergestellt ist. Zurückhalten darf der Landwirt nur die bekanntgemachten Mengen. Für Brotgetreide ist dies außer etwa noch nötigen Saatgut ab 16. April im Monat 6,5 kg Getreide oder 6,12 kg Mehl für jede der von ihm mit Brot und Mehl zu versorgenden Personen. Ab 16. April darf ein Selbstverpfleger für eine Person im Monat nur noch 6,5 kg Getreide oder 6,12 kg Mehl verbrauchen. Insgesamt dürfen gemäß Bekanntmachung des Reichsanwalts vom 22. März für eine Person ab 16. April nur soviel Vorräte an Getreide und Mehl zurückgehalten werden, die bei 94%iger Ausmahlung zusammen 27 kg Getreide ergeben. Selbstverständlich ist das etwa auf der Mühle oder beim Metzger befindliche Getreide oder Mehl bei der Feststellung der zu belassenden Menge mit einzurechnen.

Wir raten jedem Landwirt, der mit der Ablieferung noch rückständig ist, unverzüglich die für die Ablieferung in Frage kommenden Bestände abzuliefern. Andernfalls werden sie ihm auf Grund der badischen Ministerialverordnung vom 30. März auf seine Kosten weggenommen. Mit der Wegnahme wird bereits in den nächsten Tagen begonnen. Wer bei den früheren Bestandsaufnahmen Vorräte verheimlicht hat, sie aber nunmehr freiwillig abgeliefert, soll wegen der früheren falschen Angaben straffrei bleiben.

Karlsruhe, den 16. April 1917.

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Fischerei in der Alb betreffend.
Für das Fischereigebiet von Gähneberg im Stadtkreis Weiertheim bis zur hohen Brücke bei Gisingen können für das laufende Jahr noch Angelfarten ausgegeben werden.

Die Karten berechtigen zum Fischen mit der Handangel; der Preis ist auf 5 Mk. festgesetzt.

Liebhaber wollen sich wegen Aufsertigung von Karten bis zum 1. Mai ds. Js. auf dem städtischen Hauptsekretariat, Rathaus, Zimmer Nr. 75, gefälligst persönlich melden.

Karlsruhe, den 16. April 1917.

Der Stadtrat.

Galerie Helbing, München

15 Wagnmüllerstraße 15.

Künstlerischer Nachlaß

Prof. A. v. Wierusz-Kowalski, München.

Versteigerung:

Samstag, den 28. April 1917, vormittags 10 Uhr.

Katalog mit 13 Tafeln. — Preis Mk. 3.—

Oelgemälde

bedeutender moderner Meister vorwiegend aus Münchener Privat-Besitz.

A. Achenbach, J. v. Brandt, F. v. Desregger, L. Dill, E. v. Grünner, W. Heibl, G. v. Max, Ed. Schleich, Jr., C. Spigweg, F. Hodler, W. Trübner, H. v. Zügel u. a. m.

Versteigerung:

Samstag, den 28. April 1917, nachmittags 3 Uhr.

Katalog mit 23 Tafeln. — Preis Mk. 3.—

Bekanntmachung.

Der „Staatsanzeiger“ und das „Amtliche Verkündungsblatt“ veröffentlichen eine Bekanntmachung des Königlich-Preussischen Generalkommandos des XIV. Armeekorps vom 6. April 1917 Nr. Pa. 123/3. 17. KRA. betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Robbenschuppen und Nachkommen aller Arten. Auf diese Bekanntmachung, die auch bei dem Großh. Bezirksamt, sowie den Bürgermeisterämtern eingesehen werden kann, wird hiermit hingewiesen.

Karlsruhe, den 13. April 1917.

Großh. Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Der „Staatsanzeiger“ und das „Amtliche Verkündungsblatt“ veröffentlichen eine Bekanntmachung des Königlich-Preussischen Generalkommandos des XIV. Armeekorps vom 14. April 1917 Nr. W. I. 4100/1. 17. KRA. betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Lorchäfern (Blattschneider von Eriophorum). Auf diese Bekanntmachung, die auch bei dem Großh. Bezirksamt, sowie den Bürgermeisterämtern eingesehen werden kann, wird hiermit hingewiesen.

Karlsruhe, den 14. April 1917.

Großh. Bezirksamt.

1280

Das Kohlensäure-Solbad des Friedrichsbades

bekannt durch seine kräftige Kohlensäureentwicklung, ist der beste Ersatz für Nauheimer Kuren.